

Für eine handvoll Münzen

Osteuropäische Zuwanderer im gelobten Land

Immer wieder ist es ein brisantes Thema: Agieren organisierte Bettelbanden in Münster? Unser Straßenmagazin draußen! unterstützt seit Jahren rumänische Verkäuferinnen und Verkäufer. Das polarisiert, und ab und an erreichen uns Anfragen und Lesermails, ob dabei nicht doch die so genannte „Bettelmafia“ ihre Finger mit im Spiel hätte. Die Hilfe für bedürftige Verkäufer soll gewährleistet sein, in kriminelle Machenschaften möchte niemand auch nur einen Cent investieren. Das verstehen wir und haben uns aufgemacht, um einen Blick hinter die lokalen, familiären und politischen Kulissen der EU-Zuwanderungsproblematik zu werfen. Eines vorab: Es gibt in dieser Geschichte keine absolute Wahrheit.

Ein Bus fährt durch die Stadt. Er hält im Zentrum am Markt, müde Gestalten in schlichter Kleidung steigen aus, und ihr resignierter Blick wandert kurz gen Himmel. ‚Hoffentlich schneit es nicht‘, denken sie vielleicht. Oder: ‚Regen wäre schlimmer.‘ Radu, ihr Anführer, verteilt Pappschilder, auf denen in großen Lettern geschrieben steht: Bitte helfen Sie mir! Dazu Wegwerfkafeebecher aus Pappe. Die sind stabiler als die dünnen weißen aus Plastik, die man mit einer Hand zusammendrücken kann. Dann streben die Männer und Frauen auseinander zu ihren Plätzen. Sie knien sich mit gesenktem Kopf in Fußgängerzonen, vor Geschäften und an die Treppe zur U-Bahn. Stundenlang harren sie so aus. Wortlos. Ein erfolgreicher Tag ist, wenn Kleingeld geräuschvoll in den Becher

klimpert. Nur diese Melodie ist wichtig. Je öfter die Münzen klingeln, umso leichter fällt das Warten auf den Feierabend. Ab und an schaut Radu vorbei und leert den gefüllten Becher in seine Geldtasche.

Still träumen die Bettler von ihrer fernen Heimat.

Was im Münchener Tatort „Klingelingeling“ der Realität nur entlehnt ist, passiert im echten Leben in vielen Städten tagtäglich. Die Armut einiger Länder der Europäischen Union ist längst in Deutschland angekommen und hockt unübersehbar in den schicken Einkaufsmeylen der Städte. In Rumänien beträgt das durchschnittliche Monatseinkommen umgerechnet 437 Euro, der Mindestlohn liegt bei 280 Euro. Zum Vergleich: In Deutschland liegt das durchschnittliche Bruttogehalt bei 3.417 Euro, der Mindestlohn von jetzt 8,84 Euro pro Stunde würde sich bei einer 38-Stunden-Woche auf 1.455 Euro monatlich summieren.

Doch steckt tatsächlich immer eine organisierte Bande dahinter, die gezielt Menschen zum Betteln zwingt? Betteln ist kein Phänomen der Neuzeit. Seit Jahrhunderten unterstützen Almosen die Bedürftigen in ihrem Lebensunterhalt. Grundsätzlich ist das so genannte stille Betteln wie im „Tatort“ in Deutschland auch heutzutage erlaubt: Die nonverbale Bitte um Hilfe und ein Schälchen für die Almosen sind weder aggressiv noch störend. Die Einnahmen aus den mildtätigen Gaben sind steuerfrei. Kann allerdings eine gewerbsmäßige Bettelei nachgewiesen werden, wären die Einkünfte daraus einkommenssteuerpflichtig. Eine Ordnungswidrigkeit liegt vor, wenn durch Vorspielen falscher Tatsachen betrogen oder aufdringlich gebettelt wird. Wer mit vorgetäuschten Behinderungen oder Sprüchen wie „Bin krank, brauche Medikamente“ den barmherzigen Griff zur Geldbörse provoziert, betrügt. Auch



in Münster gibt es strenge Regeln: Es sei bettelnden Personen nicht erlaubt, einer anderen Person auch nur am Ärmel zu zupfen oder sie aggressiv verbal anzugreifen, sagt Ordnungsamtsleiter Martin Schulze-Werner. „Andere sollen nicht behindert oder belästigt werden.“ Zur Abschreckung drohen Bußgelder zwischen 20 und 35 Euro. Schulze-Werner schätzt die Zahl der Bettler in Münster auf unter 100.

Die Öffnung der europäischen Grenzen und die Möglichkeit für uns Menschen, sich frei von Land zu Land zu bewegen, hat viele Chancen geschaffen, aber auch Ängste geschürt. Seit Jahren geistern Warnungen vor der so genannten Bettelmafia durch die Medien: Oft sind es die Roma, denen der Vorwurf der organisierten Bandenbettelei anhaftet, und so mancher südländisch aussehende Bettler wird argwöhnisch beobachtet. Martin Schulze-Werner weiß um die Bandenproblematik, die auch vor Münster nicht Halt macht. Seit etwa drei bis fünf Jahren registrierte das Ordnungsamt die vermutlich organisierten Bettelgruppen, sagt der Amtsleiter (siehe Interview S. 9).

Lukas Brinker arbeitet beim Münsteraner Winternothilfeprogramm, das zum bereits dritten Mal von der Stadt in Kooperation mit der Bischof-Hermann-Stiftung initiiert wird: Auf dem Platz hinter dem Jovel sind seit vorigem November Notcontainer aufgestellt. Obdachlose Männer, die im Haus der Wohnungslosen (HdW) nicht mehr untergekommen sind, finden hier Unterschlupf. Drumherum haben weitere Gäste ihr Lager aufgeschlagen und hausen in Autos oder Zelten. Mobile Toiletten verleihen einen Rest Menschenwürde. Viele von ihnen sind am Tage zum Betteln in Münsters Straßen unterwegs, wärmen sich am Morgen mit einem Becher Kaffee im HdW und ziehen dann zu ihren Plätzen in der Stadt. „Oft sind es Menschen aus Rumänien, Bulgarien und der Slowakei“, sagt Brinker. In ihren Heimatländern haben sie eine Familie zu ernähren, aber keinen Job. Mit dem Betteln können sie zumindest etwas Geld verdienen. „Jeder Ausfalltag bedeutet für sie Verlust“, weiß Lukas Brinker. „Sie kaufen für sich selbst nur das Nötigste, der Rest des Geldes wird zur Unterstützung der Familie nach Hause geschickt.“ Der Sozialarbeiter glaubt nicht an mafiöse Strukturen. Eher seien es Familienverbände, die sich

gemeinsam auf den Weg in das reiche Deutschland machten. Für die Stadt sind diese Menschen nur Touristen auf der Durchreise, wenn sie nicht behördlich gemeldet sind und keine Leistungen aus den sozialen Töpfen erhalten.

Obwohl es Angebote gibt: Stefanie Beckmann arbeitet mit drei Kollegen in einem Projekt, das seit Januar 2016 existiert. Die Europa-Brücke Münster ist eine Beratungsstelle für Menschen, die unter Armut leiden und keinen oder nur unzureichenden Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten des regulären Hilfesystems haben. Konkret sind das besonders benachteiligte, neu zugewanderte Männer und Frauen der Europäischen Union und deren Kinder sowie Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen. Finanziert wird das Projekt mit Mitteln des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen in Deutschland (EHAP) und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

An diesem Rosenmontag kommen nur vereinzelt Ratsuchende in das Büro in der Hafestraße. Oft sind es die bürokratischen Hürden, an denen die Klienten scheitern. So auch Elena (Name geändert), die vor einem Jahr aus Bulgarien nach Deutschland eingereist ist, weil ihr Mann hier Arbeit gefunden hat. Nun ist auch ihr ältester Sohn nachgekommen und muss angemeldet werden: im Bürgerbüro, bei der Krankenkasse, beim Schulamt. Stefanie Beckmann listet alle notwendigen Schritte auf und unterstützt beim Ausfüllen des Kindergeldantrages. Etwa 270 Erwachsene aus EU-Ländern werden derzeit von der Europa-Brücke

betreut. Sie kommen hauptsächlich aus Rumänien, Bulgarien, Polen und der Slowakei. Beim ersten Kontakt allerdings werden den vier Mitarbeitern oft die elementarsten Fragen gestellt: „Wo schlafen? Hunger! Arbeit?“ Dann ist Improvisation gefragt. Telefonate werden geführt, Anträge gestellt, Lösungen gesucht.

Zu den Öffnungszeiten ist der Flur der Europa-Brücke-Büros in der Hafestraße immer rappellvoll. Oft fließen bei den Klienten Tränen der Verzweiflung am Tisch der Mitarbeiter. Die fehlende Arbeit oder ein Jobverlust, die frustrierende Wohnungssuche oder einfach nur die Sehnsucht nach der Heimat erhöhen den emotionalen Druck. „Für viele Leute ist es das Ideal, hier eine Wohnung und Arbeit zu finden und dann die Familie nachzuholen“, sagt Lukas Brinker. „Die schlimmste Vorstellung für sie ist, nichts davon zu erreichen.“ Dann käme für viele auch schon mal der Tag, an dem sie über eine Rückkehr in die Heimat nachdenken. ‚Wir können in Deutschland nichts bewegen‘, sagen die Menschen dann und: ‚Ich werde immer trauriger.‘

Seit der EU-Osterweiterung und der EU-Freizügigkeit ist die Zahl der Neuzuwanderer nach Deutschland enorm angestiegen. Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sind 2015 insgesamt 685.485 Menschen aus EU-Staaten eingewandert. Die Meisten stammen aus Osteuropa. In Münster waren im gleichen Jahr 11.502 Männer und Frauen mit EU-Staatsangehörigkeit gemeldet (7.669 Personen in 2008).

Ihr Wunsch: eine gesicherte Zukunft.



Viele gut ausgebildete ausländische Facharbeiter und Akademiker hoffen auf eine Anstellung in Deutschland und haben auf Grund des Fachkräftemangels reelle Chancen auf einen Job. Nur ein Teil der neu Zugewanderten sind ArmutsmigrantInnen. Manche von ihnen können weder eine Berufsausbildung nachweisen oder haben keinen oder nur einen geringen Schulabschluss. Auf Grund dieses niedrigen Bildungsniveaus haben diese Menschen eine schlechtere Perspektive, in Deutschland nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Wenn überhaupt, kommen sie eher in Mini-Jobs oder in Leiharbeitsfirmen unter. Ein Eldorado für fragwürdige Arbeitgeberpraktiken mit unbezahlten Überstunden und unangemessener Entlohnung.

Einem Anspruch auf Sozialleistungen hat die Bundesregierung zu Beginn des Jahres 2017 im Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen stark eingeschränkt. Kritiker nennen diese Reglementierungen das „EU-Bürger-Ausschlussgesetz“. Europäern, die sich in Deutschland auf Arbeitssuche befinden, haben während dieser Zeit erst nach fünf Jahren nachweislichem Aufenthalt Anspruch auf Sozialhilfe. Bereits die Meldepflicht birgt bürokratische Ressentiments, denn wer wie die Menschen im Winternothilfeprogramm ohne festen Wohnsitz unterwegs ist oder einfach nur versäumt sich anzumelden, kann den Anspruch möglicherweise nicht einfordern.

Statt der regulären Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) und SGB XII (Sozialhilfe) werden den Betroffenen für die Dauer von einem Monat



bis maximal zwei Jahren so genannte Überbrückungsleistungen gewährt, die deutlich unter dem Existenzminimum liegen. Zusätzlich kann ein Darlehen für die notwendigen Rückreisekosten in das Heimatland beantragt werden.

Wer nicht offiziell gemeldet ist, existiert in Deutschland nicht und lebt oft ohne Krankenversicherung, ohne Konto, ohne Einkommen. Auch wenn ein gesetzlicher Anspruch auf eine Krankenversicherung und ein eigenes Bankkonto besteht. Sprachbarrieren, Rechtsunkenntnis und die Scheu vor Ämtergängen und Behörden erscheinen als unüberwindliche Hemmschwellen. Wer keinen kundigen Fürsprecher hat, fordert nichts ein. Nicht einmal der Gang zur „Tafel“ ist möglich, da der schriftliche Nachweis der Bedürftigkeit aus dem Bezug von Sozialleistungen fehlt. Was bleibt? In einigen Fällen das Betteln oder Prostitution.

Manchmal finden sich aber auch menschenwürdige Lösungen: Seit 1994 hilft das Straßenmagazin **draußen!** bedürftigen Menschen in prekären sozialen Situationen. Mit dem Erwerb des Heftes unterstützt die Käuferschaft die Verkäufer und Verkäuferinnen in Münsters Straßen. Ein Teil des Zeitungspreises trägt die Betriebsausgaben für das Heft, der Rest bleibt als mildtätige Gabe beim Verkäufer. Selbst die Deutsche Rentenversicherung hat unlängst einem vom Straßenmagazin „Hempel“ in Auftrag gegebenes Gutachten zugestimmt: Die Einnahmen der VerkäuferInnen sind als mildtätige Gabe – ähnlich wie beim Betteln – anzusehen. Doch für Kunden und Verkäufer gibt es einen enormen Unterschied zur Bitte um Almosen. Die Käufer erhalten für ihre Gabe einen fairen Gegenwert, und beide begegnen sich auf zwischenmenschlicher Augenhöhe. Der Verein **draußen!** hat lediglich einen fest beschäftigten Verkäufer. Ansonsten ist der Verkauf des Straßenmagazins kein Auskommen: Die Männer und Frauen sind weder beim Verein **draußen!** noch über das Straßenmagazin angestellt. Sie erhalten keinerlei zusätzliche Vergütungen für diese Tätigkeit.

Der Verein unterscheidet nicht nach sozialer Herkunft der VerkäuferInnen. Es gilt der Nachweis der Bedürftigkeit, nicht die Nationalität. Seit etwa sechs Jahren verkaufen auch Männer und Frauen aus Rumänien regelmäßig das

Straßenmagazin **draußen!**. Ein Großteil stammt aus der rumänischen Kreisstadt Baia im moldawischen Teil des Landes. 2007 zählte die Stadt noch 178.000 Einwohner. Nach der Wende 1989 wanderten viele Menschen aus. Innerhalb zweier Jahrzehnt schrumpfte die Einwohnerzahl auf 133.000 (Stand 2012). Etwa 13 Prozent der Menschen in Bacau sind erwerbslos. Zum Vergleich: Die Arbeitslosenquote in Rumänien betrug 2015 6,8 Prozent.

Aktuell vertreiben 25 männliche und 20 weibliche rumänische VerkäuferInnen das Heft, darunter auch die Mitglieder einer Großfamilie aus Bacau. Einige sind zwischenzeitlich von Münster nach Dortmund gezogen und pendeln beinahe täglich, um pünktlich am Morgen zur Zeitungsausgabe in der Geschäftsstelle zu erscheinen. Es sind kleinere Abgabemengen, die zum Nettopreis erworben und tagsüber in Münsters Straßen und auf den Plätzen zum Kauf feilgeboten werden. Ein organisierter Handel oder gar Betrug ist damit kaum möglich. Denn es gibt ebenso einen Verkäuferkodex, der streng kontrolliert wird: Unter anderem sind Alkohol- und Drogenkonsum sowie das Betteln während des Verkaufs unbedingt verboten.

Die VerkäuferInnen des Straßenmagazins tragen einen Ausweis bei sich, der sie mit Passfoto und Nummer legitimiert, für den Verein tätig zu sein. Sie sind zum Großteil miteinander verwandt oder bekannt und reisen auch schon mal in Fahrgemeinschaften nach Münster an.

Es ist unstrittig, dass es Bettelkriminalität gibt, doch in den meisten Fällen fehlen die Beweise. Fremdländisches Aussehen oder Gruppen, die aus Autos mit auswärtigen Kennzeichen steigen, müssen nicht zwangsläufig Indizien sein. Doch für Außenstehende ist es oftmals schwierig zu unterscheiden, wann unlautere Absichten hinter dem Pappschild und der Almosenschale stecken, und wann tatsächliche Not. Den einen zwingen möglicherweise unnachgiebige Bandenchefs, den anderen zwingen Hunger und Armut. In einer Notlage sind beide irgendwie. **d**

Siehe Fotos S. 4